

Zeit Zeichen

Magazin für Kirche und Arbeitswelt

NUMMER 1 • MÄRZ 2017

International Gesellschaftspolitik Option für die Armen Sonntag
 „Die ersten und unmittelbaren Apostel der Arbeiter müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst sein“ (Joseph Cardijn) **Kirche** BILDUNG Gute Arbeit

Eine konkrete Utopie

Das gute Leben für alle

Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich • Nummer 1/2017 • 62. Jahrgang • 4 Euro • Jahresabo 17 Euro



Elizabeth Strom

Jetzt mit Regionalteil
Steiermark
 und
Wien



- 1 2017 zum Jahr des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit machen**
 Anmerkungen des Nationalökonomens Markus Marterbauer zu Arbeitsmarkt- und Sozialstaatspolitik **Seite 8 - 9**
- 2 Stimmen für den arbeitsfreien Sonntag**
 15 Jahre Österreichische Allianz für den arbeitsfreien Sonntag **Seite 12 - 13**
- 3 Wir.Gestalten.Arbeit**
 Ein Projekt mit und für arbeitende Jugendliche **Seite 18 - 19**

Über das gute Leben für alle

Eine konkrete Utopie als emanzipatorische Antwort



Impressionen Kongress 2017

Lucile Tillet

2015 hat es in Österreich einen ersten Kongress zum Thema „Gutes Leben für alle“ gegeben, heuer, von 10. bis 12. Februar, haben sich wiederum hunderte TeilnehmerInnen in Wien versammelt, um mit zahlreichen ReferentInnen und Workshop-LeiterInnen aus Wissenschaft und Praxis unterschiedlichste Aspekte eines „guten Lebens für alle“ zu diskutieren, sich zu vernetzen sowie politische Strategien zu entwerfen oder zu schärfen. Andreas Novy, neben Alexandra Strickner, Fabian Unterberger und Ursula Grafeneder Organisator des diesjährigen Kongresses, setzt sich im folgenden Text mit grundsätzlichen Überlegungen zur „Utopie“ eines „guten Lebens für alle“ auseinander.

In der aktuellen Übergangszeit, die von Verunsicherung, Angst und Pessimismus geprägt ist, beschreibt das gute Leben für alle eine Welt, in der das freie Zusammenleben friedlich und solidarisch organisiert wird. Es ist eine Utopie von einem Gemeinwesen, das mit unserem derzeitigen Stand technischer und zivilisatorischer Entwicklung durchaus verwirklichtbar wäre. Die Reflexion über diese Utopie ist ein Denkangebot, das Hoffnung gibt. Dass es – wie vielfältige wissenschaftliche Befunde nahelegen – nicht so weitergehen wird wie bisher, kann auch als Chance gesehen werden. Vieles an unserer Gesellschaft und Lebensweise in reichen Ländern ist bewahrenswert, manches könnte anders organisiert werden und würde neue Möglichkeiten eröffnen, ein gelungenes Leben auch mit geringerem Ressourcenverbrauch und nicht auf Kosten anderer zu führen.

Eine konkrete Utopie

Das gute Leben für alle ist kein Brief ans Christkind voller naiver Wünsche, sondern eine konkrete Utopie, ein in Geschichte und aktuellen Entwicklungen geerdetes Konzept. Es ist die Utopie einer Zivilisation, in der gut Leben nicht Privileg weniger bleibt.

„Die Gutes Leben für alle-Kongresse“ sind transdisziplinäre Vernetzungsräume, in denen über zeitgemäße Utopien diskutiert wird, die als Kompass dienen können, um in der aktuellen Übergangszeit Alternativen und neue Ansätze auszuloten.

Es ist die Aufgabe öffentlich finanzierter Wissenschaft, in Zeiten großer Brüche und Veränderungen mit neuen Methoden gesellschaftliche wünschenswerte Potentiale zu identifizieren und zukunftsfähige Entwicklung zu unterstützen. Die Kongresse fördern Lern-, Such- und Forschungspartnerschaften für nachhaltige Lebens- und Produktionsweisen und unterstützen emanzipatorische Alternativen und Unternehmen hin zu einem transformierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Seit der Antike beruht die Tragik westlicher Zivilisationen darauf, kulturellen Fortschritt immer nur für wenige zu ermöglichen. Die Utopie einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, wie sie mit der Französischen Revolution erstmals geschichtsmächtig wurde, ist das uneingelöste zivilisatorische Versprechen Europas.

Ansätze im Roten Wien und Nachkriegs-Europa

Nach dem ersten Weltkrieg und gestützt durch das jüngst erkämpfte Wahlrecht konkretisierte sich im Roten Wien erstmals auch in Österreich die Utopie gleicher Bürgerrechte für alle. Vielfältige soziale und kulturelle Innovationen in Schule, Sozialhilfe

und Wohnbau sowie neue soziale und ökologische Infrastrukturen standen allen offen - von begrünten Gemeindebauten und öffentlichen Schwimmbädern bis hin zu Volkshochschulen. Nach dem zweiten Weltkrieg hat der Wohlfahrtsstaat in Westeuropa für ein paar Jahrzehnte Hunger und Elend gebannt und für fast alle ein gutes Leben zur Wirklichkeit werden lassen, wenn auch nur ansatzweise, räumlich beschränkt, die Geschlechter ungleich ermächtigend und auf der (Aus)Nutzung von Rohstoffen und Ressourcen aus dem globalem Süden aufbauend. Wie groß dieser zivilisatorische Fortschritt war, wird erst jetzt ersichtlich, wo Hunger, soziale Unsicherheit und Armut nach Europa zurückkehren.

„Herrenmentalität“ als Ursache für Ungleichheit und Ausbeutung

Auch wenn der Auslöser für diese Entwicklungen in Europa die Finanzkrise 2008 war, so liegt die Ursache für zunehmende Ungleichheit, Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen tiefer – nämlich in der noch immer nicht überwundenen Herrenmentalität. In der gesamten Menschheitsgeschichte waren Zivilisationen immer Klassengesellschaften, mit einer klaren sozialen Hierarchie. Sie ermöglichten jeweils kulturell unterschiedlich definierten Gruppen – den jeweils Mächtigen – ein gutes Leben. Schon die antiken Reflexionen zum guten Leben basierten auf einer Sklavenhaltergesellschaft, auf patriarchalen und kolonialen Strukturen. Bis heute gilt Gleichheit für Frauen und Menschen aus ehemaligen Kolonien nur eingeschränkt,

Verwirklichungschancen bleiben ungleich verteilt. Die Forderung nach dem „für alle“ ist demnach revolutionär – und in der aktuellen Übergangszeit für viele Hoffnung, für manche eine Bedrohung.

Gutes Leben: Zeitwohlstand, Nahversorgung, reduzierter Mobilitätswang

Bedrohlich ist die anstehende Transformation, wenn wir an der Illusion festhalten, gutes Leben erschöpfe sich im aktuellen westlichen Konsumstil mit seinem exzessiven Fußabdruck. Verstehen wir gutes Leben aber als Zeitwohlstand, als florierende Nahversorgung, gutes Essen und reduzierten Mobilitätswang, dann zeigt sich, wie illusionär eine Lebensweise ist, die meint, alle Bedürfnisse ließen sich mit Geld befriedigen. Das Rote Wien, das aus rechtlosen ArbeiterInnen gleichberechtigte



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Gutes Leben für alle“: ausgehend von der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum ist dieser Begriff während der vergangenen beiden Jahrzehnte in Medien und Wissenschaft weltweit spürbar gesickert. In den unterschiedlichsten Disziplinen hat sich das dahinter liegende Verständnis von gerechter Verteilung und Entwicklung als ernst zu nehmender Gedanke Raum verschafft. In Österreich hat sich heuer nach 2015 zum zweiten Mal ein ganzer Kongress dem Thema gewidmet, wiederum besucht von hunderten von ExpertInnen, PraktikerInnen und Interessierten.

Andreas Novy, einer der Organisatoren des heurigen Kongresses, beschäftigt sich in dieser Ausgabe mit grundsätzlichen Überlegungen zum „guten Leben für alle“ als „konkrete Utopie“ und „emanzipatorische Antwort“ (S. 2 – 5).

KAB-Vorsitzender Philipp Kuhlmann will die Deutung und Umsetzung dieser konkreten Utopie auch in der ArbeitnehmerInnen Bewegung als Aufgabe verstanden und betrieben wissen (Kommentar S. 6). Ein Stück davon verwirklicht die Katholische Jugend Österreichs gemeinsam mit ArbeitnehmerInnen Bewegung und Gewerkschaftsjugend etwa im Projekt „Wir.Gestalten.Arbeit“ (S. 18 – 19), und der Einsatz für den arbeitsfreien Sonntag zählt ebenso dazu – 2016 feierte die stetig wachsende Allianz für den Freien Sonntag ihr zehnjähriges Jubiläum (S. 12 – 13).

Um die Herausforderung der aktiven „Gestaltung des Wandels“ in Arbeitswelt und Gesellschaft ging es denn auch beim Studientag der steirischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung (S. 16 – 17), und Fritz Krull appelliert in seinem Kommentar an das Selbstverständnis von Christinnen und Christen als politisch aktive Subjekte (S. 9).

Düster der Befund einer ILO-Studie zu aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen: ILO-Chef Guy Ryder benennt im Interview mit dem ORF die verheerenden Auswirkungen der Prekarisierung weltweit, das damit zusammenhängende Erstarken rechter Kräfte in verschiedenen Ländern und die daraus erwachsende dringliche Notwendigkeit, den „Arbeitsmarkt aktiv“ zu „gestalten“ die Stichworte Ryders: Mindestlohn, soziale Absicherung, gerechte Steuerpolitik (S. 10 – 11).

Stichworte, an denen entlang sich auch das Gespräch mit dem Nationalökonom Markus Marterbauer über Arbeitsmarkt- und Sozialstaatspolitik in Österreich bewegt (S. 8 – 9) – seine Forderung mag als Losung für das vor uns liegende Jahr gelten: „2017 zum Jahr des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit machen“.

Elisabeth Ohnemus



Mitglieder des Gemeinwesens machte, liefert wichtige Lehren für eine nachhaltige Lebensweise im 21. Jahrhundert. In den 1920er Jahren waren dem Konsumismus, der die Sozialdemokratie nach dem zweiten Krieg kulturell deformierte, durch die liberale Wirtschaftspolitik und harte Austeritätsprogramme der Christlichsozialen enge Grenzen gesetzt. Der Goldstandard schuf eine Weltwirtschaftsordnung, die der neoliberalen Globalisierung vergleichbar war. In der Zwischenkriegszeit waren es daher nicht Geld, sondern eine öffentliche Infrastruktur und neue städtische Institutionen wie demokratische Schulen und Kulturvereine, die aus marginalisierten ArbeiterInnen selbstbewusste BürgerInnen machten. Der Lebensstandard stieg damals nicht wegen steigender Löhne, sondern weil sich die Lebenshaltungskosten durch billigeres Wohnen und gute Sozialleistungen senkten.

Sozialökologische Stadtentwicklung: Thema des Kongresses 2017

Das Rote Wien zeigt, wie wichtig geeignete Institutionen und Infrastrukturen vor Ort sind. Der Stadt kommt daher in der Gestaltung der Voraussetzungen für ein gutes Leben aller eine Schlüsselrolle zu. Deshalb stand die sozialökologische Stadtentwicklung im Zentrum des Gutes Leben für alle-Kongresses 2017. Doch ist das gute Leben für alle keine naive Vision, die Konflikte verleugnet. Infrastrukturen und Innovationen bestimmen, wie Menschen ihr Leben gestalten können: zum Beispiel als Zwang zur Automobilität oder als Chance einer Stadt der kurzen Wege. Da gibt es unterschiedliche Interessen und Einschätzungen. Daher rufen Radwege Widerstand hervor, inspirieren Begegnungszonen und lokale Märkte die Phantasie und Kreativität.

Grenzen einer „Umgestaltung von unten“

Die Geschichte des Roten Wien zeigt aber auch die Grenzen einer Umgestaltung von unten. Weltwirtschaftskrise, Austrofaschismus und Nationalsozialismus unterbrachen das Modell sozialer Teilhabe. Erst eine Weltwirtschaftsordnung nach 1945 ohne globale Finanzmärkte ermöglichte im Globalen Süden die Entkolonialisierung und nationale Selbstbestimmung und im Globalen Norden den Wohlfahrtskapitalismus, basierend auf weitreichenden nationalen, oftmals demokratischen Handlungsspielräumen. Für einige Jahrzehnte gab es eine Vielfalt an wirtschaftlichen Institutionen, von Märkten über die Sozialpartnerschaft bis hin zu privaten, kommunalen, genossenschaftlichen und verstaatlichten Betrieben. Unter diesen Bedingungen gab es keine Bankenrisiken, dafür aber sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, wiewohl einhergehend mit exzessiver Naturnutzung. Die neoliberale Globalisierung, die 1973 auf das Ende von Bretton Woods und den Siegeszug globaler Finanzmärkte folgte, erodierte nationale Handlungsspielräume und Sozialstaaten. Doch nicht nur das. Wie in der Zwischenkriegszeit litten unter der Dominanz globaler Finanzmärkte und Konzerne auch die rechtsstaatlichen und demokratischen Institutionen. Erneut sind reaktionäre politische Strömungen salonfähig, die wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel ebenso leugnen und zivilisatorische Mindeststandards wie Menschenrechte ablehnen.

Gegenkonzept Bedingungsrahmen unregulierter globaler Märkte

Die konkrete Utopie eines guten Lebens für alle ist das Gegenkonzept zur immer noch vorherrschenden liberalen Illusion von Kosmopolitismus, globaler Demokratie

und globalen sozialen Rechten unter Bedingungen unregulierter globaler Märkte. Der zentrale Unterschied zwischen diesen beiden Zukunftsbildern besteht in der Einschätzung, wie neoliberale Globalisierung und der Aufstieg reaktionärer und nationalistischer Bewegungen zusammenhängen. Die liberale Illusion besteht in der Annahme, Kapitalismus sei Voraussetzung für Demokratie – eine Vermutung, die tagtäglich unplausibler wird. Demgegenüber behauptet eine Interpretation, die von Karl Polanyi inspiriert ist, dass nationalistische Bewegungen die reaktionäre Antwort auf das Versagen der neoliberalen Globalisierung sind, während das gute Leben für alle eine emanzipatorische Antwort darstellt.

Eine gleichermaßen konservative wie progressiver Utopie

Die Utopie vom guten Leben für alle ist gleichermaßen konservativ wie progressiv. Ein Gemeinwesen der Freien und Gleichen braucht ein rechtsstaatliches Fundament. Völkerrecht und Demokratie sind als Errungenschaften republikanischer Verfassungsstaaten zu verteidigen. Nur das Recht auf Nonkonformismus ermöglicht ein Zusammenleben in Vielfalt. Und auch wenn es um die Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen und den Respekt gegenüber dem Eigenwert von Natur geht, ist die Utopie vom guten Leben für alle durchaus konservativ, bewahrend. Gleichzeitig ist die Suche nach dem guten Leben für alle progressiv, ja revolutionär und erfordert einen bis jetzt nicht gelungenen zivilisatorischen Fortschritt: Nicht auf Kosten anderer gut zu leben. Das ist in kapitalistischen Konsumgesellschaften sozial und ökologisch unmöglich. Kapitalistische Postwachstumsgesellschaften sind nur als Dystopie, Anti-Utopien denkbar. Mäßigung und Kapitalismus sind unvereinbar. Dazu

braucht es eine neue Form von Weltbürgertum, die Weltoffenheit und Heimatverbundenheit gleichermaßen lebt. Dies erfordert in Städten und Regionen die Gestaltung des Gemeinwesens, so dass Menschen an ihrem Lebensmittelpunkt unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Klasse die gleiche Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht wird.

Trump und Putin: Radikaler Perspektivenwechsel als einzig realistische Antwort

Spätestens mit Trump und Putin sollte klar sein: weder werden in den nächsten Jahren ökologische Frage global ernsthaft diskutiert werden noch sind emanzipatorische globale Regelungen umsetzbar. Realistisch ist einzig ein radikaler Perspektivenwechsel, der den utopischen Horizont eines guten Lebens für alle nicht aufgibt, jedoch den Fokus politischer Bemühungen verschiebt: Globale Probleme werden in der näheren

Zukunft nicht vorrangig durch globale Politik gelöst. Antworten auf Klimawandel Armut und Hunger sind realistischerweise in vielfältigen lokalen, regionalen und nationalen Praktiken zu suchen. Damit aber vor Ort mit Alternativen experimentiert werden kann, müssen sich die lokalen, regionalen und nationalen Handlungsspielräume erweitern, was ohne einen Rückbau mancher globaler Regelwerke, die in Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung entstanden sind, nicht möglich sein wird. Kurzfristig geht es vor allem um eine koordinierte wirtschaftliche Deglobalisierung der globalen Finanzmärkte, dem Ende von Steueroasen und dem Umsetzen des Prinzips „too big to fail“ auf Konzerne mit marktbeherrschendem Einfluss.

Andreas Novy, außerordentlicher Universitätsprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien, Vorstand des Institutes for Multi-Level Governance and Development



Andreas Novy im vollen Audimax beim Kongress 2017

Veranstaltet wurde der Kongress heuer vom Institute for Multi-Level Governance and Development, Department für Sozioökonomie, Wirtschaftsuniversität Wien sowie dem Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit der Wirtschaftsuniversität Wien

Informationen und Dokumentationen zu den Kongressen 2015 und 2017 sind downloadbar unter www.guteslebenfueralle.org

Positionen

Gutes Leben für alle

Während diese Zeitschrift entsteht, finden unter anderem zwei wichtige Ereignisse statt: Das Volksbegehren gegen TTIP/CETA/TiSA und der zweite „Gutes Leben für alle“-Kongress auf der Wirtschaftsuniversität in Wien.

Ein gutes Leben für alle „ist eine Utopie von einem Gemeinwesen, das mit unserem derzeitigen Stand technischer und zivilisatorischer Entwicklung durchaus verwirklichtbar wäre. Die Reflexion über diese Utopie ist ein Denkanregendes, das Hoffnung gibt“, schreibt Andreas Novy in einem Beitrag, den Sie in dieser Ausgabe lesen können.

Nur was heißt das konkret für uns? Wer legt fest, was gutes Leben für alle ist? Was braucht man dafür an Ressourcen? Reichen die Ressourcen unseres Planeten dafür überhaupt? Es gibt keinen Konsens darüber, wie hoch der erdverträgliche Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch anzusetzen ist. Marina Fischer-Kowalski (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt) hat beim „Gutes Leben für alle“-Kongress 2015 folgende Zahlen genannt: Wenn genügend Ressourcen für alle verfügbar sein sollen, um gleiche Chancen für alle zu gewährleisten, und nicht mehr als heute von der Erde entnommen werden soll, dann müssten die reichen (OECD-) Länder ihren Verbrauch auf 40 % reduzieren. Konsequenz: Sie fragen dann gleich weiter, wie das möglich sei? Ihre Antwort: Eine Halbierung ist schon allein durch den Ausstieg aus fossilen Energieträgern möglich. Damit würde auch ein Drittel des globalen Transportvolumens wegfallen (was allein schon absurd ist – wenn ein Drittel nur dazu dient um Transporte zu ermöglichen...). Weitere 15 bis 25 % könnten durch eine Reduktion von tierischen Nahrungsmitteln um 50 % eingespart werden. Maßnahmen wie verstärkte Renovierung statt Neubau von Gebäuden, etc. würden zusätzlich helfen.

So unmöglich klingt das gar nicht. Es ist tatsächlich eine Frage des Willens. Und der Weg dorthin bedroht wirtschaftliche Interessen. Leider werden solche Vorschläge auch oft lächerlich gemacht, dabei kann zum Beispiel bei der Nahrung jede und jeder sofort beginnen. Auch ganz normale Menschen und auch die immer wieder bemühte Verkäuferin in Teilzeit braucht nur Ernährungsgewohnheiten ändern und keinen Cent mehr ausgeben. Es geht einfach darum, das eigene Verhalten zu hinterfragen und Gewohnheiten zu ändern. Tun wir es nicht, geht es weiter mit dem Klimawandel, der uns mittlerweile direkt betrifft. Für diese Erkenntnis reicht ein Blick in die Krisenregionen der Welt und die klimatischen und daraus resultierenden wirtschaftlichen und politischen Veränderungen dort...



Philipp Kuhlmann
Vorsitzender der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich
philipp.kuhlmann@gmx.at

Das zweite große Thema dieser Tage sind die Abkommen TTIP/CETA/TiSA. Viele kritisieren mit uns die möglichen Gefahren. Kaum jemand spricht noch über die angeblichen Vorteile. Das liegt wohl daran, dass selbst Befürworter diese als eher gering einschätzen. Auch in der kircheninternen Diskussion kommen immer wieder Befürworter zu Wort. Mein Eindruck ist dabei, dass man über viele Details diskutiert, aber nicht der Blick auf das Ganze richtet. Zum Beispiel eine Aussage wie „Investorenschutz à la CETA ist dann akzeptabel, wenn man nicht der Ansicht ist, dass Staaten prinzipiell jederzeit die Spielregeln ändern dürfen, ohne Rücksicht auf Firmen zu nehmen. Wer das Instrument an sich für sinnvoll hält, der kann mit den neuen CETA-Regeln gut leben“ verkennt meiner Meinung nach das Wesen der Demokratie, wo das Recht (im Rahmen der Menschenrechte) vom Volk ausgeht. Aus gutem Grund lehnen wir die Idee einer „marktkonformen“ Demokratie ab. Die Offenheit des Zitats von Angela Merkel ist noch immer erschreckend: „Wir leben ja in einer Demokratie und das ist eine parlamentarische Demokratie und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments und insofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“ Menschen sollten über ihr Leben selbst bestimmen können (unabhängig vom Markt) – mit den Konsequenzen müssen sie ja auch leben. Freihandelsabkommen nützen tendenziell eher großen Konzernen aber mit den Konsequenzen müssen wir alle leben. Das war ähnlich schon bei der Bankenkrise zu sehen: Die Liberalisierung der Finanzmärkte führte zu immer größeren Banken. Die Gewinne wurden privatisiert und für die Rettung dieser (mittlerweile systemrelevanten) Banken musste dann die öffentliche Hand einspringen. Oder mit den Worten von Papst Franziskus: „Die weltweite Krise, die das Finanzwesen und die Wirtschaft erfasst, macht ihre Unausgeglichenheiten und vor allem den schweren Mangel an einer anthropologischen Orientierung deutlich – ein Mangel, der den Menschen auf nur eines seiner Bedürfnisse reduziert: auf den Konsum.“ (EG 55). Deshalb: Den eigenen Konsum/das eigene Verhalten überdenken und aktiv in die Politik eingreifen – auch dazu sind wir als Christinnen und Christen berufen.

Philipp Kuhlmann

DOCAT Was tun?

Der Katechismus über die Soziallehre der katholischen Kirche

„DOCAT Was tun?“ So lautet der Titel des 2016 erschienenen Katechismus über die Soziallehre der katholischen Kirche.

Herausgegeben wurde das in Frage-Antwort-Form gehaltene Werk von der Österreichischen Bischofskonferenz, die Approbation erfolgte durch den Päpstlichen Rat zur Förderung der Neuevangelisierung mit Zustimmung der Kongregation für die Glaubenslehre. Das Buch ist im Verlage der Youcat-Foundation erschienen und auch in Layout, Buchgröße und Textgestaltung seinem „Schwesterprojekt“, dem katholischen Jugendkatechismus Youcat ähnlich. Papst Franziskus hat zum Docat ein Vorwort verfasst. Der erste

Pro

Eines vorweg: Der Titel kommt vom englischen „to do“, also etwas machen. Wie auf der Titelseite zu lesen steht, geht es darum, was man tun soll.

Ein Katechismus ist laut Wikipedia nach heutigem Verständnis „ein Handbuch der Unterweisung in den Grundfragen des christlichen Glaubens.“ Eine – meiner Meinung nach sehr – komplizierte Theologie wird in einfachen Worten und kurzen Zitaten (zum Beispiel auch aus dem Parteiprogramm der SPD: „Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit“) sehr verständlich und in kleinen Portionen verdeutlicht. Das Buch ist daher sehr gut lesbar und für jede interessierte Person geeignet. Dabei ist der „Docat“ voll auf der Höhe der Zeit und vereinfacht nicht zu sehr, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, dass die Bewahrung der Schöpfung ganz natürlich als Teil der Soziallehre genannt und als fünftes Prinzip ebenso verständlich erklärt wird, wie die vier klassischen: Solidarität, Subsidiarität, Personalität und Gemeinwohl.

Meine Erwartung an einen Katechismus ist, dass er verbindlich ist und Grundlagen vermittelt, ohne alle Einzelfragen klären zu können. Wenn z.B. Wirtschaft als etwas Positives gesehen wird, dann ist das absolut verständlich, weil Wirtschaft nichts anderes ist als das Zusammenspiel verschiedener

Prozesse wie Produktion, Handel, etc. Sie ist ein Ort menschlicher Entfaltung. Der Docat bietet eine Orientierung und ermöglicht, das Richtige zu tun. Er wird seinem Namen gerecht.

Philipp Kuhlmann



Contra

Wer Jugendliche heute aus einem christlichen Bewusstsein heraus zu gesellschaftlichen Engagement motivieren möchte, sollte sie „Laudato Si“ lesen lassen. Aber bitte gebt ihnen nicht den „Docat“ in die Hand.

Der Docat mag ja von einem ernsthaften Bemühen getragen sein, Jugendlichen die kirchliche Soziallehre zu erklären. Aber spätestens nach den ersten 20 Seiten raucht einem der Kopf vor lauter theologischen und philosophischen Erklärungen, die weit von der Realität der Masse junger Menschen entfernt sind.

Zum Beispiel die Antwort auf die Frage „Was ist eine politische Gemeinschaft“: „Eine politische Gemeinschaft regelt die öffentlichen Angelegenheiten einer Gesellschaft, die res publica, wie die Römer diese im Gegensatz zu privaten Interessen bezeichneten ...“

Für MaturantInnen, die eine gute Zitierbasis für eine Arbeit zur Soziallehre brauchen, mag so eine Erklärung ja hilfreich sein.

Für mündige junge Menschen, die sich aus christlichen Motiven heraus in der Gesellschaft engagieren wollen, bringt sie nicht viel Hilfe.

328 Fragen werden aufgeworfen und beantwortet in dem Versuch, alles möglichst umfassend darzustellen. Manchmal glaubt man, es wurden Fragen einfach nur gewählt, um das Kapitel nicht zu kurz werden zu lassen. Oder was soll man sonst zu einer Frage sagen wie „Ist Ökologie nicht eher einer technische Herausforderung für Spezialisten?“

Da greift man doch gleich lieber zu „Laudato Si“, einem Dokument, das in seiner klaren Sprache solche Fragen erst gar nicht aufkommen lässt.

Marcel Kneuer



2017 zum Jahr des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit machen

Anmerkungen des Nationalökonom Markus Marterbauer zu Arbeitsmarkt- und Sozialstaatspolitik

Der Nationalökonom Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien, zeigt sich im Interview mit ZeitZeichen zuversichtlich, dass das vor uns liegende Jahr einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit bringen könnte. Hoffnung setzt er auf Bundeskanzler Christian Kern und seine Ansagen zur Ankurbelung des Arbeitsmarktes sowie auf Sozialminister Alois Stöger, dem er „gute Ideen“ attestiert. An drei Strängen muss Marterbauer zufolge intensiv gearbeitet werden: neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit brauche es einen massiven Einsatz für die Sicherung des Sozialstaates und die Anhebung der untersten Lohneinkommen.

„Die Arbeitsmarktentwicklung in Österreich ist im EU-Vergleich zwar günstig, dennoch ist die Zahl der Arbeitslosen seit der Finanzkrise 2008 um 170.000 Personen gestiegen“, so Marterbauer. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt - „immer mehr ungewollte Teilzeit, Befristungen usw., also wachsende Prekarisierung“ - gehe hauptsächlich zu Lasten von Frauen, jungen Menschen und MigrantInnen. Abgefedert werde das derzeit durch einen „noch funktionierenden Sozialstaat“, so Marterbauer, den es zu sichern gelte: „Und das heißt Sicherung des Zugangs zu sozialen Dienstleistungen für alle“. Es brauche eine „aktive Verteidigung der Sicherung gegen Armut“, so etwa den Einsatz für die Erhaltung des Pensionsystems oder der Mindestsicherung für alle. Die Kürzung der Mindestsicherung für Asylberechtigte in Ober- und Niederösterreich sei ein „Rückschritt“, dem weitere folgen könnten.

Vermögenssteuern: „Da gibt es noch viel zu tun“

„Österreich ist ein reiches Land, eine bessere Verteilung ist unbedingt notwendig“, so Marterbauer. Die in „Plan A“ von Bundeskanzler Kern skizzierte Initiative zur bedingten Ausweitung der Erbschaftssteuer wertet Marterbauer als „guten Ansatz“, den er aber weiter ausgebaut sehen möchte. Erträge aus einer ähnlich dem deutschen Modell dimensionierten Erbschaftssteuer könnte sich Marterbauer vorzüglich zur

Finanzierung staatlicher Leistungen im Bereich der Pflege vorstellen. Generell sei das Thema der Vermögenssteuern längst noch nicht abgeschlossen: „Da gibt es noch viel zu tun.“

Langfristig 1.700,- Euro „Mindestlohn“

Allerersten Rang habe aber die Frage der Beschäftigungspolitik: „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte ins Zentrum der politischen Bemühungen rücken“, so Marterbauer: „2017 sollte ein Jahr des deutlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit werden“. Mit „Plan A“ von Bundeskanzler Christian Kern läge jedenfalls der „umfassendste Plan zur Ankurbelung von Beschäftigung“ vor, der in den letzten zehn Jahren präsentiert worden sei, er enthalte „gute

Ansätze für die Wirkung gegen Arbeitslosigkeit und die Schaffung von guter Arbeit“ sowie einen „vernünftigen Mindestlohnaspekt“. Marterbauer selbst fordert langfristig 1.700,- Euro „Mindestlohn“, also Entlohnung im Bereich der untersten Einkommen. Derzeit liegen in Österreich die Einkommen von 300.000 Vollzeitbeschäftigten unter 1.500,- Euro. Einen „Mindestlohn“ von 1.500,- Euro hält Marterbauer für ein rasch umsetzbares Ziel.

„Freizeitoption“: Ein ermutigender Schritt Richtung Arbeitszeitverkürzung

Eine bessere Verteilung vorhandener Arbeit - Österreich liegt beispielsweise im europäischen Vergleich im Spitzenfeld, was die Zahl geleisteter Überstunden betrifft



„Österreich ist ein reiches Land, eine bessere Verteilung ist unbedingt notwendig“, so Marterbauer.

- sieht Marterbauer auf Ebene der Kollektivverträge langsam in Gang kommen. Er verweist auf die Kollektivverträge in der Metall- und Elektroindustrie, die seit 2013 die „Freizeitoption“ enthalten, also die Möglichkeit, dass sich Beschäftigte einen Teil ihres Lohns als Freizeit „ausbezahlen“ lassen. „Da liegt viel Potential drin“, so Marterbauer: „Damit ist man zum ersten Mal seit Jahren in der Offensive, was das Thema Arbeitszeitverkürzung betrifft“. Und diese Offensive sollte Kreise ziehen: „Zum Beispiel im Bereich des öffentlichen Dienstes“.

AsylwerberInnen und -berechtigte integrieren, Zuwanderung aus EU-Ländern solidarisch regeln

Die Herausforderung, die AsylwerberInnen und Asylberechtigte an den Arbeitsmarkt stellen, ist nach Ansicht von Marterbauer am besten mit „rascher Integration“ zu beantworten: „Je rascher die Integration von Menschen, die hier Asyl suchen und bekommen, in den Arbeitsmarkt gelingt, desto weniger Kosten entstehen.“ Maßnahmen, die das beförderten, seien dringend zu ergreifen. Anders sehe es mit der Frage von ZuwandererInnen aus EU-Ländern

nach Österreich aus: „Die Zuwanderung aus Ländern wie Deutschland oder Ungarn seit der Finanzkrise 2008 hat die Arbeitslosigkeit bei uns erhöht.“ Es gehe nicht an, dass Ungarn Gewinnsteuern senke, gleichzeitig Sozialleistungen kürze und infolgedessen immer mehr Menschen aus Ungarn als billige, Lohndumping betreibende Arbeitskräfte nach Österreich strömten: „So kann die EU nicht weiter tun“, erklärt Marterbauer: „Dieser Sachverhalt muss auf EU-Ebene dringend thematisiert werden“.

Elisabeth Ohnemus



Positionen

Soll sich die Kirche in die Politik einmischen?

Nicht jeder Bürger ist Christ, nicht jede Bürgerin eine Christin, aber jeder Christ ist Bürger und jede Christin ist Bürgerin eines Staates und so mitverantwortlich - schon aus eigenem Interesse - am Zusammenleben im eigenen Land, aber auch über die eigenen Grenzen hinaus. Auch Jesus hat Politik gemacht, indem er Behinderte integriert, Ausgestoßene resozialisiert und zu arbeitsrechtlichen und steuerlichen Fragen Stellung bezogen hat.

Die Kirche hat immer wieder Stellung zu aktuellen gesellschaftspolitischen Situationen gegeben. Nicht im Sinne einer Partei, sondern als eine der vielen Gesellschaftsgruppen, die Menschenrechtsverletzungen verurteilen und sich für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen.

Was heißt aber Gerechtigkeit, vor allem, wie werde ich all meinen Dingen im Leben gerecht?

Was ungerecht ist, wissen wir alle. Jede und jeder von uns hat Erfahrungen mit Ungerechtigkeit. Jede und jeder wurde schon ungerecht behandelt: von Eltern, von Lehrern, von Vorgesetzten, vom Ehepartner, ... und wir haben auch schon alle selbst andere Menschen ungerecht behandelt.

Wenn wir in Fernsichtsbildern Bilder von hungernden Menschen in Afrika sehen, finden wir die Welt nicht gerecht. Bilder von Krieg und Zerstörung und frierenden Flüchtlingen wecken unsere Hilfsbereitschaft. Bei Debatten über Managergehälter und Mindestlohn, über Steuer-oasen von Großkonzernen und hohen Lohnnebenkosten regt sich ganz schnell unser Gerechtigkeitsgefühl.

Was ungerecht ist, wissen wir. Aber wissen wir auch, was gerecht ist?

Wir können uns nur bemühen, Ungerechtigkeit aufzuzeigen und mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln etwas dagegen zu tun. Wir sollten nicht vergessen: nur jammern und sich beschweren hilft niemandem - nicht mir und nicht dem, der Ungerechtigkeit erfährt.

Wir können die Welt und die Politik nicht sofort verändern, aber je mehr Menschen sich wehren und friedlich protestieren, desto eher werden wir - auch als „kleine BürgerInnen“ - gehört.

Auch Papst Franziskus äußert sich immer wieder kritisch zu den derzeitigen Wirtschaftssystemen: Wirtschaft hat zum Wohl aller beizutragen und darf nicht ausgrenzen.

Hungern und dürsten nach Gerechtigkeit bedeutet für alle, die das Evangelium ernst nehmen, den Auftrag, sich für Gerechtigkeit einzusetzen und darüber zu reden, vor allem, andere anstecken, etwas zu tun, nicht untätig zu bleiben, sich zu informieren und die gegebenen Möglichkeiten der Beteiligung zu nutzen.

Als Glieder der Kirche haben wir nicht nur ein Recht, wir haben vor allem die Pflicht, gegen Unrecht einzutreten. Vor allem aber haben wir die Pflicht, gerecht zu handeln. Ob es die kirchliche Hierarchie betrifft oder den „einfachen“ Christen, die „einfache“ Christin - entscheidend ist, dass jede und jeder sich für die Gestaltung des Staates und der Gesellschaft verantwortlich zeigt.

Fritz Krull

Den Arbeitsmarkt aktiv gestalten

Wider nationalistischer und populistischer Entwicklungen

Nationalistische und populistische Ideen werden zunehmend zu einem Garant für politischen Erfolg. Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ist dafür nur das jüngste Beispiel. Das Erstarken einer Politik der einfachen Antworten mag viele Ursachen haben. Eine konkrete Rolle spielen aber die Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahrzehnte, sagt der Chef der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Guy Ryder.

„Die Wahlausgänge der vergangenen Wochen und Monate waren eine starke Warnung für uns.“ Dieser Satz war so oder so ähnlich zuletzt von vielen Seiten zu hören: von der EU-Kommission über das EU-Parlament bis hin zu den nationalen Regierungen. Doch diesmal kommt die Mahnung nicht von einem Politiker, der gerade eine Wahl verloren hat oder um die kommende fürchtet. Guy Ryder ist seit 2012 Generalsekretär der ILO. Die Sonderorganisation der Vereinten Nationen soll weltweit Arbeitsrechte und Sozialstandards sicherstellen. Und ihr Chef sagt nun: Trump habe ebenso wie die EU-Gegner in Großbritannien davon profitiert, dass der Arbeitsmarkt zunehmend weniger Gewinner hervorbringt. Viele Menschen hätten das Gefühl, in der Arbeitswelt zu kurz zu kommen. Und sie „reagieren auf ihre täglichen Erfahrungen“, so Ryder im Gespräch mit ORF.at.



Chef der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Guy Ryder

Marcel Crozet/ILO

Grundlage verloren hat“, sagt Ryder. Für den ILO-Chef ist das auch eine Folge der Wirtschaftskrise - allerdings nicht nur. Bereits zuvor sei mit dem Arbeitsmarkt „fahrlässig“ umgegangen worden, so der Brite, der in Cambridge Sozial- und Politikwissenschaften studiert hat. Die Politik habe sich zunehmend zurückgezogen und nichts gegen eine „unfaire Verteilung der Wachstumsgewinne“ getan.

Bekanntere Lösungen als Alternative?

Momentan herrsche das Bild vor, dass es nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten gebe: „Der Weg, den wir die vergangenen 20 Jahre gegangen sind“ auf der einen Seite; und die Versprechen von Populisten und Nationalisten auf der anderen Seite. „Falsche Lösungen“ nennt diese Ryder. Der Rückzug in die eigenen Grenzen könne in einer globalisierten Welt nicht die Lösung sein. Es sei nun die Aufgabe von Politik, Arbeitgebern und auch Arbeitnehmervertretern, einen anderen Weg aufzuzeigen.

Den Arbeitsmarkt aktiv gestalten: Mindestlohn, soziale Absicherung, bewusste Steuerpolitik

„Wir müssen uns trauen, den Arbeitsmarkt aktiv zu gestalten“, sagt der ILO-Chef. Was er damit konkret meint? „Die Rede ist vom Mindestlohn, einer sozialen Absicherung, Tarifverhandlungen und einer bewussten Steuerpolitik.“ Was Ryder fordert, ist im Grunde eine Erneuerung des Sozialstaats und der Sozialpartnerschaft. Angesichts seiner beruflichen Vergangenheit ist das wenig verwunderlich. Auch neu sind diese Ideen nicht, wie Ryder selbst eingesteht. Die Punkte „hätte ich Ihnen bereits vor zwanzig Jahren nennen können“.

Vier Kräfte, die künftig die „Arbeitswelt“ formen

Der ILO-Generaldirektor ist dennoch der Meinung, dass sie sich auch für heutige Herausforderungen eignen. Vier Kräfte würden die „Arbeitswelt in Zukunft formen“. Die technologische Entwicklung werde

voranschreiten, die Zusammensetzung der Gesellschaft sich ändern, die Globalisierung noch umfassender werden, und auch der Klimawandel werde den Arbeitsmarkt vor Herausforderungen stellen. Nichts davon spreche gegen politische Lösungen, „die wir bereits kennen“, so Ryder.

Europa soll Vorbild werden

„Es wäre hilfreich, auch einen Blick zurück zu werfen, und zu sehen, was in der Vergangenheit funktioniert hat“, sagt der ILO-Chef. Und er verweist auf die besondere Rolle Europas. „Ich denke, dass genau das europäische Sozialmodell und das Einhalten europäischer Werte die Lösung sein könnte.“

Eine „europäische Säule sozialer Rechte“

Das sieht man vermutlich auch auf Seiten der EU-Kommission so. Bereits vor mehr als einem Jahr kündigte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine „europäische Säule sozialer Rechte“ an. Damit will Brüssel Grundsätze im Arbeits- und Sozialbereich festschreiben, „um so die Politik in einer Reihe von Bereichen, die unerlässlich für gut funktionierende und faire Arbeitsmärkte und Wohlfahrtssysteme sind, in die richtige Richtung zu lenken“, heißt es auf der Website der Kommission.

Gesetzgebung bei den Mitgliedsstaaten

Bis Ende des Jahres 2016 ist die öffentliche Konsultation dazu gelaufen, so die zuständige EU-Kommissarin Marianne Thyssen. 2017 soll die Initiative dann konkrete Formen annehmen. Es reiche nicht aus, „nur nette Werte“ zu haben, „wir müssen es auch wirklich meinen“, sagt die EU-Kommissarin. Klar ist allerdings bereits jetzt: Das von der Kommission angekündigte Lenken wird sich in erster Linie auf Beraten und Empfehlungen beschränken. Gesetze zum Arbeitsmarkt oder zur sozialen Absicherung liegen in den Händen der Nationalstaaten.

Bedenken von IndustrievertreterInnen

IndustrievertreterInnen meldeten jedenfalls bereits ihre Bedenken an. Soziale Rechte

Frieden durch soziale Sicherheit

Die ILO wurde 1919 als ständige Einrichtung des Völkerbundes gegründet. Ihr Ziel: Frieden und Stabilität durch soziale Sicherheit. 1946 wurde sie eine Sonderorganisation der UNO. 15 Jahre später bekam sie den Friedensnobelpreis verliehen.

dürften nicht auf Kosten der Unternehmer durchgesetzt werden, verlaublich etwa die Interessengruppe Eurochambers im Oktober. Was freilich auch die EU-Kommission so für sich in Anspruch nimmt. Der soziale und der ökonomische Fortschritt müssten kombiniert werden, versichert EU-Kommissarin Thyssen.

„Nicht unmöglich“

Auch ILO-Chef Ryder glaubt nicht, dass wirtschaftliche Entwicklung und soziale Standards einander widersprechen. „Ist es unmöglich, Globalisierung fair zu gestalten, mit Mindeststandards an sozialer Gerechtigkeit? Nein, das ist nicht unmöglich. Es ist nicht einfach, aber wir müssen es tun“, sagt Ryder. Anfang November wurde er für die kommenden vier Jahre in seinem Amt bestätigt: von Vertretern der Politik, der Arbeitnehmer und der Unternehmer.

Martin Steinmüller, ORF.at/Brüssel, red

Die ILO-Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_534326.pdf

Konferenz zur Zukunft der Arbeit

ILO-Chef Ryder und EU-Kommissarin Marianne Thyssen eröffneten eine Konferenz über die Zukunft der Arbeit in Brüssel. Veranstaltet hat sie die ILO gemeinsam mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Die Ergebnisse der Konferenz sollen direkt in die „Jahrhundertinitiative zur Zukunft der Arbeit“ einfließen. Deren Fertigstellung hat die ILO für 2019 angekündigt.

Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu

Mit dieser Einschätzung steht der ILO-Chef nicht alleine da. Doch Ryder kann auch auf konkretes Zahlenmaterial verweisen. Ende vergangenen Jahres hat seine Organisation eine fast 400 Seiten dicke Studie zum Thema „atypische Beschäftigungsverhältnisse“ veröffentlicht. Deren Ergebnis: Zeitarbeit, Scheinstellungen und andere Formen prekärer Arbeitsverhältnisse sind in den vergangenen Jahren weltweit gestiegen.

In den Industrieländern zeigt sich das laut dem Bericht etwa darin, dass Teilzeitanstellungen vermehrt weniger Stunden umfassen. Dazu kämen Verträge „auf Abruf“, oft ganz ohne festgelegte Mindeststunden. In den USA hätten zehn Prozent aller arbeitenden Menschen unregelmäßige Arbeitszeiten oder hielten sich auf Abruf bereit, so die ILO. In Großbritannien basierten immerhin 2,5 Prozent aller Arbeitsverhältnisse auf „Null-Stunden-Verträge“.

„Fahrlässiger“ Umgang mit Arbeitsmarkt

Freilich sind nicht alle Industriestaaten von diesen Entwicklungen gleichermaßen betroffen. Österreich zum Beispiel ist von solchen Verhältnissen noch ein gutes Stück entfernt. Abrufarbeit ist hierzulande verboten. Weniger als zehn Prozent aller ArbeitnehmerInnen haben befristete Verträge. Aber der Anteil an Teilzeitangestellten ist traditionell hoch - die überwiegende Mehrheit davon sind Frauen. Und Schlagworte wie versteckte Selbständigkeit oder prekäre Arbeitsverhältnisse sind in Österreich wie in der gesamten EU mehr und mehr ein Thema - während zugleich die Sozialleistungen nach unten geschraubt werden. Ryder fordert angesichts Nationalismus und Populismus einen alternativen Weg.

Europa hat die gemeinsame Grundlage verloren

„Eine der großen Sorgen ist, dass Europa in den vergangenen Jahren die gemeinsame

Impressum

Medieninhaber (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 01/51552-3350, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführerin:** Maria Etl **Chefredakteurin:** Mag.a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Maria Etl, Philipp Kuhlmann **Verwaltung/Anzeigen:** Monika Schwarz **Fotos:** Titel: Elizabeth Strom; S2 Lucile Tillet; S4/5 Gute Leben für alle Kongress; (Kogler und Novy GBW.at); S6/7 (Kuhlmann) Ioulia Kondratovitch; S8 AK Wien; S10 Marcel Crozet/ILO; S12/13 Leitl WKO; S14/15 Johannes Labner; S16/17 KAB Steiermark; S19 Katholische Jugend Österreich **Layout:** Karin Weiß **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

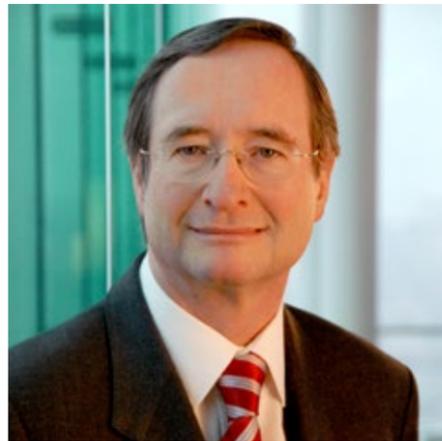
Offenlegung

Offenlegung im Sinne des § 25 des Bundesgesetzes über die Presse und andere publizistische Medien (BGBl. Nr.314/1981) **Medieninhaber (Verlegerin):** Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Geschäftsführung:** Maria Etl; **Vorstand:** Margarete Bliem, Barbara Holzer, Bruno Holzhammer, Mag. Heinz Mittermayr, Monika Schwarz **Grundlegende Richtlinien des Mediums:** Religiöse, soziale und kulturelle Information von ArbeitnehmerInnen **Hinweis:** Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen?

Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ unter 01/51552-3350

Stimmen für den arbeitsfreien Sonntag

15 Jahre Österreichische Allianz für den arbeitsfreien Sonntag boten in Salzburg im Rahmen der Vollversammlung Ende 2016 ebenso Gelegenheit zu einem Rückblick als auch einem Ausblick auf konkrete Aktionen und Herausforderungen



Freier Sonntag erzeugt Gleichgewicht in stürmischer Zeit

In einer globalisierten und sich digital entwickelten Welt mit all ihren Bruchstellen und Verwerfungen kommt dem Sonntag als Tag der Begegnung, des Miteinanders und der Menschlichkeit mehr denn je besondere Bedeutung zu!

Innezuhalten, sich zu besinnen und neue Kraft zu tanken erzeugt Gleichgewicht in stürmischer Zeit!

*Christoph Leitl
Wirtschaftskammer Präsident*

Für ein Wirgefühl in der Gesellschaft

Warum können auch Musliminnen und Muslime dem freien Sonntag viel abgewinnen, obwohl dieser aus religiöser Sicht bei ihnen keinen besonderen Stellenwert hat? In einer Zeit ständiger Erreichbarkeit, wo moderne Kommunikationsmittel die Grenzen zwischen Arbeitsplatz und Freizeit verschwimmen lassen, markiert der allgemeine arbeitsfreie Sonntag eine willkommene Rückzugsmöglichkeit.

Auch für ein Wir-Gefühl in der Gesellschaft tut es gut, gemeinsam einen Tag der Ruhe von der Geschäftigkeit des Alltags zu pflegen.

Es gibt eine „Sonntagskultur“, die längst auch Muslime teilen und genießen. Familien haben hierbei oft eigene Rituale entwickelt, die sich aber nur unter der Vorgabe pflegen lassen, dass alle sich füreinander Zeit nehmen können. Der Sonntag ist so auch vielen nicht-christlichen Menschen fast „heilig“ im Sinne, dass er als arbeitsfreier Tag nicht angetastet werden soll.

*Carla Amina Baghajati
Islamische Glaubensgemeinschaft*

Alltag und das Fest in rhythmischem Wechsel

Der Mensch braucht den Alltag und einen Atem, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Ein Fest, welches den Menschen zum Einverständnis mit sich selbst führt und Lebensfreude hervorbringt. Ein Fest, welches zwischenmenschliche Kontakte und Beziehungen ermöglicht und verstärkt, und welches Freundschaft und Gemeinschaft – mit sich, den Mitmenschen und mit Gott – stiftet.

Nach christlichem Verständnis ist der Sonntag der erste Tag der Woche. Der Sonntag kommt also vor Arbeit und Wirtschaft. Damit ist der freie Sonntag Ausdruck dafür, dass die Wirtschaft dem Menschen dienen soll und nicht umgekehrt.

Die Allianz für den freien Sonntag Österreich ist sichtbarer Ausdruck eines breiten Konsens in Österreich, dass nachhaltiges Wirtschaften auch Regelungen für gemeinsame Zeiten beinhalten soll, die dem Einzelnen die Gewähr geben, dass nicht die ganze Lebenszeit verhandelbar ist. Der freie Sonntag lässt Mensch, Gesellschaft und Natur aufatmen.

*Bischof Alois Schwarz
Sprecher der Allianz
für den freien Sonntag Österreich
(Österreichische Bischofskonferenz)*

Grenzen verschwimmen zusehends

Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen in unserer Gesellschaft zusehends. Dank E-Mails, Internet, Smartphone und Co sind wir ständig erreichbar. Die Erwartungshaltung, dass auch außerhalb der Arbeitszeit Mails gelesen und beantwortet werden, ist in vielen Unternehmen hoch. Umso wichtiger ist es, für den Erhalt des arbeitsfreien Sonntags einzutreten.

Zeit, die man gemeinsam mit der Familie oder Freunden verbringt, ein Tag, an dem wir als Gesellschaft die Hektik und den Stress reduzieren. Uns ist bewusst, dass die Beschäftigten einiger Branchen, zum Beispiel im Gesundheitsbereich, im Tourismus oder im Verkehr, auch an Sonntagen im Einsatz sind.

Dort, wo keine gesellschaftliche Notwendigkeit für die Sonntagsarbeit besteht, muss der Sonntag aber frei bleiben. So wie in den vergangenen 15 Jahren wird die AK deshalb auch künftig eng mit der „Allianz für den freien Sonntag“ zusammenarbeiten. Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum und alles Gute für die Zukunft!

*Rudi Kaske
AK Präsident*

Allianz kontinuierlich ausbauen

Als Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes freut es mich ganz besonders, dass die „Allianz für den freien Sonntag“ heuer bereits ihr 15-jähriges Bestehen feiert. Dieses breite Bündnis aus ÖGB, Gewerkschaften, christlichen Kirchen unterschiedlichster Konfessionen sowie einer Reihe weiterer Organisationen ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie stark der gesellschaftliche Konsens in Österreich für die grundsätzliche Beibehaltung des arbeitsfreien Sonntags ist. Gemeinsam haben wir in den letzten 15 Jahren eine Vielzahl an Kampagnen und Aktionen gestartet, um in der Bevölkerung ein noch stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung des freien Sonntags zu erreichen.

Für die Zukunft gilt es, unsere Allianz kontinuierlich auszubauen und weiterhin tatkräftig Überzeugungsarbeit auf Basis fachlich-fundierter Argumente zu leisten.

*Erich Foglar
ÖGB Präsident*

Material für den arbeitsfreien Sonntag

Pickerl für den freien Sonntag
Die Salzburger Sonntagsallianz will wachsen und laut und vernehmlich in der Öffentlichkeit auf unser Anliegen hinweisen. Hierzu wurden drei verschiedene Aufkleber aufgelegt und in einer höheren Auflage gedruckt. Sie kleben an Radln und Autos, an Mülltonnen und Skianzügen, in Büros und an der Werkbank, können aber bei Bedarf wieder entfernt werden.

Sie können jederzeit gratis bestellt werden bei: Salzburger Sonntagsallianz
Heiner Sternemann, Betriebsseelsorge
Kirchenstr. 34, 5020 Salzburg
heiner.sternemann@abz.kirchen.net

Wels: Kein Verständnis für Sonder-Sonntagsöffnung
Die Oberösterreichische Allianz reagierte auf die Sondergenehmigung in Wels zur Öffnung der Geschäfte an den vier Adventsonntagen rund um den Welser Weihnachtsmarkt gemeinsam mit AK-Wels, ÖGB-Wels und Treffpunkt Arbeit & Mensch Wels, mit einem offenen Brief an Landesrat Michael Strugl und GF Peter Jungreithmair (Welser Christkind GmbH).

Details unter www.freiersonntag.at

Für Menschenwürde und Verteilungsgerechtigkeit

Statement der Europäischen Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen angesichts des Wandels in der Arbeitswelt

Digitalisierung, Robotik, die Frage der Integration von Flüchtlingen: Im Herbst vergangenen Jahres hat sich die Europäische Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen (EBCA) im spanischen Avila mit aktuellen Herausforderungen der Arbeitswelt beschäftigt und auf der Grundlage eines christlichen Welt- und Menschenbildes sowie kirchlicher Dokumente ein Statement dazu erarbeitet, das in erster Linie „die Würde der Arbeit“ bekräftigt. Im Folgenden das Statement im Wortlaut.

Die Bewegung der christlichen ArbeitnehmerInnen Europas hat sich vom 27. bis 30. Oktober 2016 in Avila mit dem Ziel getroffen, eine Kenntnisnahme und Bewertung der Veränderungen in der Arbeitswelt vorzunehmen. Auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen und Zeugnisse der durch diese Veränderungen betroffenen Gruppen, haben die Seminar-TeilnehmerInnen die Ursachen und Folgen dieser Veränderungen für die Jugendlichen und Familien analysiert.

Auch wurde während des Seminars der Bericht von Caritas Europa zur Armut in

Europa zur Kenntnis genommen und die Aussichten für die Arbeitswelt wurden im Lichte der Soziallehre der Kirche betrachtet, wobei die durch die Kircheninstitutionen und Gewerkschaften umgesetzten Tätigkeiten aufgezeichnet wurden, angesichts der Herausforderungen für die Einzelpersonen, den Schwierigkeiten folglich der Veränderungen des Arbeitsmarktes entgegen zu treten. Gemeinsam haben die vertretenen Bewegungen die Herausforderungen überdacht, die durch die Veränderungen der Arbeitswelt gestellt werden und deren aktuelle Evolution für die Kirche und die Gesellschaft.



Herausforderungen für menschenwürdige Arbeit

In Caritas in veritate erinnert Benedikt XVI daran, dass menschenwürdige Arbeit „der Ausdruck der wesentlichen Würde jedes Mannes und jeder Frau“ darstellt (Nr. 63). Folglich kann der/die ArbeitnehmerIn unmöglich ein würdiges Leben führen, wenn die Arbeit nicht würdig ist. Die zunehmend prekären Arbeitsbedingungen sind eine der verheerendsten Folgen für Einzelpersonen, Familien und für die Gesellschaft. Während seiner Ansprache im Europaparlament im November 2014 meinte Papst Franziskus, dass „es besonders notwendig sei, der Arbeit eine Würde zu geben und gleichfalls die angemessenen Bedingungen zu deren Umsetzung zu gewährleisten“.

Wir werden alleine dann Antworten auf die aktuelle Situation der Arbeitswelt finden, wenn wir Wege suchen, der Arbeit eine neue Würde zu verleihen. Dies erfordert eine tiefe Überdenkung der Bedeutung, die wir der Arbeit geben.

Die Herausforderungen, denen wir entgegentreten müssen, sind zahlreiche:

- den Menschen als Mittelpunkt betrachten,
- der Arbeit einen Sinn und einen Wert über die Beschäftigung hinaus zuordnen,
- würdige Arbeitsbedingungen für eine menschenwürdige Arbeit gewährleisten,
- universeller Zugang zum Gesundheitswesen, zu Unterkunft, Erziehung, usw., ohne dass diese Rechte von einer erwerbstätigen Beschäftigung abhängen.

Wir müssen uns bewusst sein, dass wir durch Robotik und Digitalisierung laufend eine Umwandlung der Arbeitswelt erleben.

Der Demokratie Türen öffnen

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir uns gegen die begrenzten Fähigkeiten der Regierungen in ihren Entscheidungsprozessen positionieren, die internationalen Mechanismen unterworfen sind, die durch Wirtschaftsmächte

ohne jegliche demokratische Legitimation gesteuert werden. Privatinteressen sollten nicht zum Nachteil von öffentlichen Interessen gefördert werden. Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA sind Ausdruck dieser „Wirtschaft, die tötet“, die entmenschlicht und die nicht im Dienste des Gemeinwohls steht.

Wozu engagieren wir uns?

Wir fühlen uns dem Ruf Jesu verpflichtet, das Leben der Leidenden zu begleiten, gemeinsam an der Veränderung der Mentalitäten auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene zu wirken und uns an den Institutionen zu beteiligen, die sich im Dienste des Menschen stellen.

Deshalb schlagen wir:

- eine gerechte Umverteilung der Reichtümer vor,
- eine gerechte Verteilung der Arbeit, damit Einzelpersonen und Familien in Würde leben können;

Dass soziale Kämpfe die Schöpfung Gottes respektieren. Aus diesen Gründen müssen wir uns als christliche ArbeitnehmerInnen dem Kampf für die Umwelt anschließen. Die Enzyklika „Laudato si“ fordert uns auf,



Am Rednerpult: Der stellvertretende Vorsitzende der KAB Österreich Johannes Labner

den Schrei der Armen genauso zu hören wie den Schrei der Erde. Zur Umsetzung dieser Vorschläge ist es notwendig, dass die Europäische Bewegung der christlichen Arbeitnehmer (EBCA) sich der gemeinsamen Arbeit mit anderen sozialen Vereinigungen, Gewerkschaften und nationalen Bewegungen im Sinne der

Förderung dieser Zielsetzungen mit allen unseren verfügbaren Mitteln verpflichtet. Als EBCA verurteilen wir den Ausdruck der Ablehnung von Einwanderern und Flüchtlingen, dem wir in vielen unserer Länder begegnen.

Avila, den 29. Oktober 2016

KAB Wien: Strategie für Pfarren nötig

Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus einer Umfrage der KAB Wien

Wie bereits in der letzten Ausgabe des Zeitzeichens berichtet, fand am 17.9.2016 der Diözesantag der KAB Wien statt. Dabei ging es auch um eine Bestandsaufnahme: Welche Wirkung hat die KAB in Pfarren? Wie wird sie wahrgenommen? Welche Kontakte gibt es?

Eine zusätzliche übergeordnete Fragestellung hat die KAB mit der Katholischen Aktion gemeinsam: Wie können Themen in/an Pfarren vermittelt werden? Gibt es Menschen, die gesellschaftspolitische Themen in der Pfarre vertreten wollen? Hier Ergebnisse zur Umfrage, die zu diesen Themen durchgeführt wurde.

Ein Blick auf die Ergebnisse stimmt positiv: „Welche Themen zum Bereich Arbeitswelt waren/sind in Ihrer Pfarre gegenwärtig?“ Hier führt der arbeitsfreie Sonntag klar mit 49 Nennungen, dass er bereits Thema war oder für die Pfarre interessant ist. Die nächsten drei Plätze entfallen auf kirchliche Dokumente wie „Evangelium gaudium“, „Laudato si“ oder das ökumenische Sozialwort mit 40 bis 42 Nennungen. Im Mittelfeld liegen die Themen Wachstum/Konsum, Katholische Soziallehre und globale Wirtschaft und die geringste Verbreitung haben Arbeitslosigkeit, Ausbildung/Lehre und Schulwahl mit nur ca. halb so vielen Nennungen wie der arbeitsfreie Sonntag.

Daran schloss auch die nächste Frage an: „Werden Sie in der Seelsorge mit Sorgen und Nöten aus der Arbeitswelt konfrontiert?“ Hauptthemen hier sind Erwerbslosigkeit und Stress/Burnout, gefolgt von der Ausgrenzung sozial schwacher und prekären Arbeitsverhältnissen.

Konkrete Anknüpfungspunkte für die Weiterarbeit bot zum Beispiel die Frage: „Welche Unterstützung wünschen Sie sich beim Thema „Arbeit“ von der Katholischen Aktion?“ und die Antworten waren „traditionell“ kirchlich mit Gottesdienstbehelfen, Unterlagen für Gruppenstunden und Material und ReferentInnen.

Die gesammelten Informationen dienen jetzt dazu, den Kontakt zu den Pfarren auszubauen und die Angebote zu verbessern. So sind zum Beispiel Betriebsbesuche im Rahmen von Visitationen weit verbreitet. Dass diese Möglichkeit auch sonst besteht, wird in Zukunft auch ein Thema sein. Mit den Änderungen, die auf die Pfarren heute zukommen, versucht die KAB Wien, Angebote zu Unterstützung zu bieten. Auch das Kooperationsprojekt „Pfarrgemeinde fairwandeln“ (im Zeitzeichen wurde schon mehrfach berichtet) gehört hier dazu und im Hinblick auf die aktuelle Pfarrgemeinderatswahl ist eine klare Strategie für Pfarren nötig.

Philipp Kuhlmann



40 Jahre Familienschiwoche der KAB-Steiermark

Am Anfang stand wohl die Idee, jungen Familien einen preiswerten Schiurlaub zu ermöglichen. Der damalige Vorsitzende der KAB-Steiermark, Erich Pucher machte sich also mit seinem Vorstandsmitglied Hans Erkinger auf den Weg und bald wurden sie im salzburgerischen Lungau fündig. Ein günstiges Quartier war gefunden und ein familienfreundliches Schigebiet dazu.

Seither hat sich natürlich einiges geändert. Der ursprüngliche Quartiergeber in Weißpriach ist in Pension gegangen und so ist die Familienschiwoche seit mehr als 20 Jahren beim „Karlwirt“ in Lintsching, dem Gasthof der Familie Wieland, gut aufgehoben. Aber auch das Schigebiet hat sich stark verändert: die ursprünglichen Schlepplifte wurden durch moderne 6er-Sesselbahnen ersetzt, die aber nach wie vor ein tolles Schigebiet am Fanningberg erschließen, das sich einerseits seine Familienfreundlichkeit erhalten hat, andererseits aber auch anspruchsvolleren Schifahrern tolle Abfahrten ermöglicht.

Gleich geblieben ist aber, dass die Familien – oft schon in zweiter Generation – in der Nähe der „Stille Nacht, Heilige Nacht“- Gemeinde Mariapfarr bei meist tollen Schneeverhältnissen und bei einem gemütlichen Abendprogramm für Kinder und Erwachsene gute Erholung finden.

Heimo Seiner

Kulturreise im Herbst

„500 Jahre Reformation“ war für die KAB Steiermark in den letzten Jahren die Motivation, die Hintergründe dieser tragischen Kirchenspaltung bei Reisen in die Stätten der Reformation in Thüringen, Böhmen und zuletzt in der Schweiz näher darzustellen.

In diesem Jahr wäre bei entsprechender Nachfrage eine Kulturreise im Herbst in den Pariser Raum geplant, wo neben den Höhepunkten der gotischen Baukunst die Auswirkungen der Reformation, der Aufklärung und der Französischen Revolution für die Kirche näher betrachtet werden sollen. Bei Interesse erbiten wir einen Anruf beim KAB-Büro in Graz, Tel. 0316/8041-326



„Ich bin da. Für“

Heuer werden in ganz Österreich Pfarrgemeinderäte gewählt. Das Motto lautet: „Ich bin da. Für“ Es wäre wichtig, dass viele Frauen und Männer, die in den Pfarrgemeinderat gewählt werden, dieses Motto erweitern: „Ich bin da, für das Thema Kirche und Arbeitswelt“. Gerade Papst Franziskus fordert uns auf, dass wir uns bei den Themen soziale Gerechtigkeit und notwendige Strukturmaßnahmen im Bereich der Wirtschaft entsprechend engagieren. Und

dieses Engagement muss auch in den vier Grundaufträgen (Verkündigung, Liturgie, Diakonie und Gemeinschaft), die die Pfarrgemeinderäte wahrnehmen sollen, in allen Pfarren gut verankert sein. Ermutigt durch viele klare und sehr offene Aussagen von Papst Franziskus wird das Engagement vieler Frauen und Männer gerade auch bei Themen wie „Freier Sonntag“, „Gute Arbeit“ oder „Nachhaltigkeit“ vieles bewirken. Auch im konkreten Einsatz für Menschen, die derzeit nicht am Arbeitsprozess teilnehmen können, sind wir gefordert.

Den Wandel gestalten

Appell an Christinnen und Christen bei Studientag der KAB Steiermark

Mit einem Appell, vor allem auch an Christinnen und Christen, sich verstärkt in die Debatte um die zukünftige Gestaltung der Arbeitswelt einzubringen, endete der diesjährige Studientag der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung Steiermark in der Grazer Otto-Möbes-Akademie.



Referent Philipp Kuhlmann

Angesichts zunehmender prekärer Arbeitsverhältnisse und nach wie vor hoher Arbeitslosenzahlen im Land müssten sich, so KAB-Diözesanvorsitzender Johannes Labner, vor allem jüngere Christinnen und Christen mit den Auswirkungen von Globalisierung und Digitalisierung aktiver beschäftigen und sich für entsprechende Strategien vernetzt mit anderen gesellschaftlichen Kräften stark machen, die die Vorteile von internationaler Kooperation und technischem Fortschritt nicht einseitig verteilt sehen möchten. Labner erinnerte an die zukunftsweisenden Aussagen von Papst Franziskus im Pastoral Schreiben „EVANGELIUM GAUDIUM“, in dem dieser mit Hinweis auf die Soziallehre die Kirche auffordert, im „Ring um Gerechtigkeit“ nicht abseits zu bleiben: „Alle Christen, auch die Hirten, sind berufen, sich um den Aufbau einer besseren Welt zu kümmern. Darum geht es, denn die Soziallehre der Kirche ist in erster Linie positiv und konstruktiv, sie bietet Orientierung für ein verwandelndes Handeln ...“ Auch der steirische Bischof Wilhelm Krautwaschl habe kürzlich in einer

Publikation des Dr. Karl Kummer-Instituts über „125 Jahre Rerum novarum“ - mit Blick auf die dauernden Veränderungen der modernen Gesellschaft - den Stellenwert der Katholischen Soziallehre unterstrichen: „Die Aufgabe der Kirche besteht nun darin, die Veränderungen in eine Richtung zu lenken, die es dem Menschen erlaubt, mehr Mensch zu sein ...“

Hinwendung zu den Menschen

Die von Papst Franziskus immer wieder eingeforderte „Hinwendung zu den Menschen in ihren konkreten Lebenssituationen“ als Chance betonte auch der Referent der diesjährigen Studientagung, KAB-Bundesobmann Philipp Kuhlmann, der als Gewerkschafter und freigestellter Betriebsratsobmann einer US-Firma in Wien tätig ist. Auf die vielfältigen Herausforderungen, die die KAB in einer sich stetig wandelnden Gesellschaft sehe, müsse man verstärkt mit Allianzen reagieren. Die christliche Soziallehre werde auch außerhalb der Kirche heute mit viel Aufmerksamkeit beachtet. „Entscheidend ist heute, dass die Menschen spüren, dass wir für die Menschen da sind“ so Kuhlmann, der sich neben der Ermutigung für neue Arbeitsformen in der KAB auch klar zur Aufrechterhaltung gewisser Organisations-Strukturen aussprach.

In der Enzyklika „Laudato Si“ schreibt Papst Franziskus: „Wir müssen uns stärker bewusst machen, dass wir eine einzige Menschheitsfamilie sind. Es gibt keine politischen oder sozialen Grenzen und Barrieren, die uns erlauben, uns zu isolieren, und aus ebendiesem Grund auch keinen Raum für die Globalisierung der Gleichgültigkeit.“ (LS 52)

Franz Windisch



Ermutigende Worte für die zukünftige Arbeit der KAB kamen auch von der Präsidentin der Katholischen Aktion Steiermark, Andrea Ederer, die dem KAB-Vorstand für die bisherige Arbeit dankte und für ein Miteinander bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben plädierte.

Pfarrgemeinden als Ort der Debatte

In mehreren Diskussionsbeiträgen wurde der Wunsch ausgesprochen, dass sich auch die Pfarrgemeinden stärker mit den Auswirkungen der Arbeitswelt für die Menschen befassen sollten. Die kommende Pfarrgemeinderatswahl wäre eine Chance, diesem Aufgabenfeld in der Kirche entsprechend Raum zu geben und dementsprechend Kandidaten zu suchen, denen die gesellschaftspolitische Verantwortung der Christen ein Anliegen ist.

Bei der anstehenden Neuwahl des KAB-Vorstandes wurde der ehemalige Pressereferent der Diözese Graz-Seckau, Johannes Labner, zum Diözesanvorsitzenden, sowie Margret Pittner und Dr. Alois Ruhri als Stellvertreter wiedergewählt. Als wichtige Ergänzung für den wiedergewählten Diözesanvorstand haben der an der Universität Graz tätige Friedens- und Konfliktforscher Dr. Maximilian Lakitsch, sowie der Bundessekretär der Christlichen Gewerkschafter, Andreas Gjecaj, ihre Mitarbeit als kooperative Mitglieder zugesagt.

Johannes Labner, KAB-Vorsitzender



Neu gewählter Diözesanvorstand der KAB Steiermark



wir.gestalten.arbeit 2015: Jugendliche übergeben im Parlament ihre Ideen für eine faire Arbeitswelt an PolitikerInnen

dabei die Möglichkeit ihre Vorstellungen von guter Arbeit und einer fairen Arbeitswelt mit VertreterInnen der Politik zu diskutieren.

beispielsweise: Julian Schmid (Grüne), Asdin el Habbassi (ÖVP), Katharina Kucharowits (SPÖ), Douglas Hoyos (NEOS) und Eva Maria Himmelbauer (ÖVP).

Ablauf

Das Projekt wir.gestalten.arbeit ist in drei Programmabschnitte unterteilt, bestehend aus zwei aufbauenden Vorbereitungsworkshops und einem Abschlussprogramm in Wien.

Die zwei Workshops zu individuellen und gesamtgesellschaftlichen Komponenten fairer Arbeit folgen fertig ausgearbeiteten Konzepten und werden je nach Wunsch von TrainerInnen der KJ oder eigenen Gruppenverantwortlichen/Lehrpersonen regional durchgeführt. Die Workshops finden zwischen Jänner und März 2017 statt.

Zum Abschlusstreffen am 6./7. April 2017 Wien laden wir junge ParlamentarierInnen aller Fraktionen zum Austausch mit den TeilnehmerInnen ein, da sie den jugendlichen TeilnehmerInnen in ihrer Lebenswelt potentiell ähnlicher sind, ein junges Gesicht der Politik präsentieren und vielfach offiziell für Jugendagenden zuständig sind. Bei der ersten Durchführung 2015 kamen

Zielgruppen:

Wir.gestalten.arbeit richtet sich an junge Menschen aus ganz Österreich, die am Beginn ihres Erwerbslebens stehen. Insgesamt rechnen wir bei den Vorbereitungsworkshops mit 225 TeilnehmerInnen zwischen 15 und 25 Jahren.

Die Teilnehmenden werden sich aus Lehrlingen, erwerbstätigen jungen Menschen ohne Berufsausbildung, Personen zu Beginn ihres Arbeitslebens und TeilnehmerInnen von Förderinstitutionen des zweiten oder dritten Arbeitsmarktes zusammensetzen.

Weiter Infos finden Sie unter

www.wirgestaltenarbeit.at

Wir.Gestalten.Arbeit

Ein Projekt mit und für arbeitende Jugendliche

Die Katholische Jugend Österreich veranstaltet bereits zum zweiten Mal in Kooperation mit der KAB, der BJV (Bundesjugendvertretung), Iustitia et Pax und der FCGJ (Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen Jugend) die Aktion wir.gestalten.arbeit. Das Projekt fördert die politische Partizipation für Lehrlinge und Jugendliche bei ihrem Einstieg in die Arbeitswelt.

Wir.gestalten.arbeit bringt junge politische EntscheidungsträgerInnen in den Austausch mit jungen Menschen in der Arbeitswelt und soll sie für deren Anliegen sensibilisieren. Die TeilnehmerInnen bekommen die Gelegenheit auf sich und ihre Arbeitssituation aufmerksam zu machen, sowie ihre Themen und Bedürfnisse mit politischen EntscheidungsträgerInnen zu diskutieren. Anhand von Themen aus ihrer Lebenswelt stärken sie ihre politische Sach-, Urteils- und Handlungskompetenz. Sie werden ermutigt als aktive BürgerInnen selbst politisch-gesellschaftliche Verantwortung für ihre Lebenswelt zu übernehmen.

Wir.gestalten.arbeit soll jungen Menschen die Möglichkeit bieten

- ihre eigene Arbeitssituation zu reflektieren.
- Politik besser zu verstehen und zu beurteilen.
- sich für die eigenen Interessen einzusetzen.
- politische Partizipation zu üben.
- ihre berufliche Situation zu verbessern.
- sich solidarisch mit anderen jungen Menschen zu vernetzen.

Wir.gestalten.arbeit bietet Jugendlichen die Chance, selbst ihre Situation darzustellen und gemeinsam in einem dynamisch-kreativen Prozess Forderungen an die Politik zu richten. Das Projekt bietet ihnen so ein jugendgerechtes politisches Sprachrohr. Aus unserer Arbeit mit Jugendlichen wissen wir, dass zwar oft über, aber selten mit Jugendlichen gesprochen wird!

2015 wurde das Projekt wir.gestalten.arbeit bereits erfolgreich durchgeführt. Über 100 Jugendliche und junge Erwachsene nutzten

Wir.gestalten.arbeit soll jungen Menschen die Möglichkeit bieten:

- ihre eigene Arbeitssituation zu reflektieren.
- Politik besser zu verstehen und zu beurteilen.
- sich für die eigenen Interessen einzusetzen.
- politische Partizipation zu üben.
- ihre berufliche Situation zu verbessern.
- sich solidarisch mit anderen jungen Menschen zu vernetzen.

Positionen

Ich bin schon seit Jahrzehnten Diözesanenseelsorger der Kath. Arbeiterjugend und Arbeiterbewegung. Die Situation ist in diesen Jahren leider nicht besser geworden, weil so viele Jugendliche und Erwachsene im Burgenland keine Arbeit finden. Viele von ihnen können nicht als Tagespendler nach Wien fahren, wo sie eine Arbeit gefunden haben. Sie sind darauf angewiesen, eine Wohnmöglichkeit in Wien zu finden. Es ist bekannt, dass dort die Wohnungen immer teurer werden.

Ich habe bereits vor vielen Jahren in den inneren Bezirken von Wien Wohngemeinschaften für berufstätige Menschen gegründet. Oft können wir dort Jugendlichen helfen, die eine Arbeitsstelle gefunden haben und kurzfristig auch eine Wohnmöglichkeit benötigen.

Bis heute sind viele Männer als Bauarbeiter in Wien beschäftigt.

Vielen von ihnen ist geholfen, wenn sie im burgenländischen Arbeiterwohnheim der Diözese Eisenstadt ein leistbares Quartier erhalten.

Für mich ist hier das Wort Jesu aus dem Matthäusevangelium das Leitmotiv:

„Ich war obdachlos und ihr habt mir eine Wohnmöglichkeit gegeben.“

Immer wieder kann ich beobachten, wie Jugendliche und Erwachsene, die in den beiden Wohnmöglichkeiten einziehen, gut aufgenommen werden.

Jene die schon länger dort sind, helfen den Neuen gerne, sich in der Großstadt gut zurecht zu finden.

Ernst Pöschl



Ernst Pöschl,
Geistlicher Assistent
der KAB-Burgenland

Buchtipp

Betteln fordert heraus

Text: Johannes Dines, Helmut P. Gaisbauer, Michael König, Clemens Sedmak, P. Virgil Steindlmüller (Hg.)

232 Seiten, Euro 14.90

ISBN: 978385476-491-5, Verlag Mandelbaum, Wien, 2015



Die Wiederkehr des Bettelns in unseren Innenstädten lässt kaum jemanden unberührt. Betteln verstört, Betteln fordert heraus, Betteln bewegt. Wer hinter die oberflächlichen Debatten blicken und die Problemlagen aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten möchte, wird hier fündig: 13 ExpertInnen-Beiträge erwägen die Herausforderungen, die - für die Hilfe suchenden Armutsbetroffenen ebenso wie für die um ein Almosen Angesprochenen, für Medien, Politik und Zivilgesellschaft - rund um das Betteln gegeben sind, analysieren Ursachen und Hintergründe für dieses Armutsphänomen und zeigen Wege auf, wie ein angemessener Umgang mit der Notlage gefunden werden kann. Begleitet und eingebettet werden die Beiträge durch berührende Porträts von Betroffenen, Fotoaufnahmen und Gedichte. Hervorgegangen aus der Auseinandersetzung mit dem Thema in Salzburg bietet der Band Einsichten und Bezüge, die allgemeine Geltung beanspruchen können.

Die Verteilungsfrage. Von Reichtum, Krisen und Ablenkungsmanövern

BAK und ÖGB (Hrsg.)

136 Seiten, Euro 14,90

ISBN 978-3-99046-209-6, (A&W-Blog-Buch), Wien, 2016



Kopfschüttelnd werden wir Zeugen, wie das reichste Promille den Rest der Menschheit immer weiter abhängt. Der Abstand zwischen dem reichsten Promille der Menschen und der Mitte der Bevölkerung erinnert an die Gesellschaft zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Auch in Österreich, wie neue Daten zeigen. Wie kommt es zu dieser dramatischen Entwicklung? Was heißt das für die Mittelschicht und was für jene am unteren Ende der Armutsskala? Wer sind eigentlich die „Reichen“ und wie kommen sie zu ihrem Vermögen? Und vor allem: Wie werden diese Ungerechtigkeiten im täglichen Diskurs so gerechtfertigt, dass sie uns allen recht normal erscheinen? Die Autorinnen und Autoren dieses Buches liefern brandaktuelle Antworten auf die Mutter aller gesellschaftspolitischen Fragen: die Verteilungsfrage. Das Besondere daran: Das vorliegende Werk setzt sich aus Blog-Artikeln zusammen. Alle Beiträge sind ursprünglich auf blog.arbeit-wirtschaft.at erschienen. Dort ergänzen Expertinnen und Experten das politische Tagesgeschehen täglich mit Hintergründen und empirisch belegten Kommentaren, die einen erweiterten Blick auf aktuelle Debatten erlauben.

Das Buch steht hier gratis zum Download zur Verfügung: www.blog.arbeit-wirtschaft.at/ebook
Mehr Infos und bestellen: <http://www.arbeit-recht-soziales.at/die-verteilungsfrage>

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:

ZeitZeichen, KABÖ,

Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at

P.b.b.

Absender Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk
Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien 022031417 M